

Vorlage Nr. XI 14/2025

für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit

Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0
-----------------------------------	-----------	-------------------

Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen

A Problem

Mit der Vorlage XI 8/2025 erfolgte im Juni der letzte schriftliche Sachstandsbericht zur Bauleitplanung und der Hochbauplanung für den Neubau einer Feuer- und Rettungswache im Stadt-bremischen Überseehafengebiet.

B Lösung

Bauleitplanung:

Das Stadtplanungsbüro Claussen-Seggelke hat für das Bauleitplanverfahren die notwendigen Unterlagen erarbeitet. Der geänderte Flächennutzungs- und Grünordnungsplan sowie der aufzustellende Bebauungsplan sind beim zuständigen Referat beim Senator für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS) zur Stellungnahme eingereicht worden.

Die Voraussetzungen für den Satzungs- und Feststellungsbeschluss sollen in der Deputations-sitzung SBMS am 15.01.2026 geschaffen werden. Eine Vorwiegengenehmigungsreife bzw. ein festgesetzter Bebauungsplan soll bis Ende April 2026 erwirkt werden.

Hochbau:

Das Architekturbüro Buddenberg und Tauchmann führt aktuell die technischen und nutzerspezifischen Anforderungen für die anstehende Genehmigungsplanung zusammen. Die Planun-gen zur technischen Gebäudeausrüstung werden vom Wirtschaftsbetrieb Seestadt Immobilien federführend durchgeführt. Für das Tragwerk und den Brandschutz sowie für die Außenanla-gen liegen erste Entwürfe der Fachplaner vor, die derzeit in die vorliegenden Entwurfsplanung eingearbeitet werden.

Das Rechtsamt und Seestadt Immobilien haben den Entwurf eines Erbbauvertrages geprüft. Die hieraus entstandenen Anmerkungen werden derzeit als Anpassungsvorschläge ausformu-liert und anschließend als überarbeiteter Entwurf an bremenports übermittelt.

C Alternativen

Keine

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Der Beschlussvorschlag hat zunächst keine personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Die aktuelle Kostenschätzung für das Bauvorhaben beläuft sich auf 14,4 Mio. Euro brutto. Die anteiligen Baukosten für die Stadtgemeinde Bremerhaven sind durch eine Verpflichtungsermächtigung mit 9 Mio. Euro finanziert.

Da die geplante Feuer- und Rettungswache insbesondere zur Verbesserung des Brandschut-

zes im stadtbremerischen Überseehafengebiet beträgt, wurde in einem Letter of Intent im Jahr 2022 die Aufteilung der Finanzierung zwischen der Senatorin für Wissenschaft und Häfen und der Stadt Bremerhaven ermittelt. Auf Grundlage der vorgehaltenen Funktionen ergibt sich ein Finanzierungsanteil der Stadtgemeinde Bremen von 37,5%. Seitens SWHT wurde das Projekt in die Finanzplanung aufgenommen; eine entsprechende Beschlussvorlage wird gemäß aktueller Planung den zuständigen Gremien vorgelegt, sobald die Baugenehmigung erteilt und der Erbbaivertrag rechtskräftig abgeschlossen sind.

Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen oder eine Genderrelevanz bestehen nicht. Besondere Belange von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine örtliche Betroffenheit ist aufgrund der mit der Maßnahme verbundenen Verbesserung der Hilfsfristen insbesondere für die nördlichen Stadtteile festzustellen.

E Beteiligung/Abstimmung

Seestadt Immobilien

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Skusa
Stadtrat